

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 11.03.2025
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	21:06 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Wolfgang Dutsch CDU

Mitglieder

Jochen Peter Lüchau CDU ab 18:50 Uhr

Alina Schultz CDU

Torben Wunderlich CDU Vertretung für: Johanna Bergstein

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Gerrit Baars SPD

Lars-Arne Klintworth SPD

Angela Drewes WSI

Klaus Koschnitzke FDP

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Karolin Büßer Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Sabine Semprich Seniorenbeirat

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeisterin

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung 2

Katrin Matthies Protokollführung

Torben Klaucke Fachdienst 2-61

Nicole Götttsche Fachdienst 2-61 zu TOP 7

Abwesend

Mitglieder

Johanna Bergstein CDU entschuldigt

Jugendbeirat

Merlin Tschamper Jugendbeirat entschuldigt

Gäste:

Zu TOP 6: Herr Bluhm Bauherr
Herr Buchholz Architekt

5 Einwohner*innen
3 Ratsfrauen
1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Vorstellung der neuen Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt
- 2 Einwohnerfragestunde
 - 2.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
 - 2.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 3 Anhörung der Beiräte
- 4 Protokolle
 - 4.1 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 05.11.2024
 - 4.2 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 03.12.2024
 - 4.3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2025
- 5 Innenstadtentwicklungskonzept für die Stadt Wedel BV/2025/009
hier: Abschlussbericht
- 6 Einvernehmen nach dem BauGB BV/2025/018
hier: Goethestraße 59 - Neubau eines Mehrfamilienhaus mit 6 Wohneinheiten
- 7 Präsentation Sachstand Rahmenkonzept Solar-Freiflächenanlagen
- 8 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
 - 8.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Bericht der Verwaltung
 - 9.2 Anfragen der Politik
 - 9.2.1 Anfrage SPD-Fraktion: Parkerlaubnis für ambulante Pflege ANF/2025/002
 - 9.2.2 Weitere Anfragen
 - 9.3 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 10 Protokolle
- 10.1 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 05.11.2024
- 10.2 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 03.12.2024
- 10.3 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2025
- 11 Bebauungsplan Nr. 2a „Doppeleiche“, 1. vorhabenbezogene Änderung, Teilbereich Süd;
hier: 1. Änderung zum Durchführungsvertrag vom 19.11.2020 BV/2025/013
- 12 Verpachtung des neuen Imbiss im Bereich Schulauer Hafen/
Stadthafen MV/2024/102
- 13 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 13.1 Bericht der Verwaltung
- 13.2 Anfragen der Politik
- 13.3 Sonstiges

Öffentlicher Teil

- 14 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Vorstellung der neuen Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt

Frau Broekhuis stellt sich als neue Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt vor.

2 Einwohnerfragestunde

2.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Die vorangegangenen Fragen wurden schriftlich beantwortet und sind als Anlage zu dieser Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

2.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Herr Hämisch vom ADFC hat eine Frage zur Mobilität, konkret wie es in der Bahnhofstraße weitergeht. Im September 2024 hatte er im Planungsausschuss gefragt, wann die zweite Stufe des Verkehrsversuchs Bahnhofstraße gestartet wird (also die Stufe, bei der der MIV, der Autoverkehr, eingeschränkt wird). Die Antwort war (nachzulesen im Protokoll der Sitzung) „die erste Stufe wird als Verkehrsversuch verlängert“.

Dieser „Versuch“ endet absehbar in 3-4 Monaten. Daher möchte er gerne wissen: Wie geht es dann weiter? Welche Planungen verfolgt die Stadtverwaltung zur zukünftigen verkehrstechnischen Ausgestaltung der Bahnhofstraße?

Ein „weiter so“ wie bisher sei aus drei Gründen nicht möglich:

1. Die Evaluierung des Versuchs 1. Stufe (durch den ehemaligen Mobilitätsbeauftragten) ergab keine positiven Effekte, machte aber deutlich, dass jedes siebte Auto (V85_30,6) die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h überschreitet (inakzeptabel für eine Fahrradstraße).

2. In der Online-Bürgerbefragung der Stadt aus dem Jahre 2024 mit erfreulichen 1600 Teilnehmern*innen sprechen sich 63 % der Befragten für eine Fortführung des Verkehrsversuchs aus.

3. Mit der Anordnung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus vom 12. Juni 2024 darf in Fahrradstraßen: ‚Anderer Fahrzeugverkehr als der Radverkehr und der Verkehr mit Elektro- Kleinstfahrzeugen (z.B. Anliegerverkehr) nur ausnahmsweise durch die Anordnung entsprechender Zusatzzeichen zugelassen werden.‘

Das entspricht dem, was ursprünglich für die Bahnhofstraße geplant war oder was die zweite Stufe des Verkehrsversuchs gewesen wäre, die Beschränkung des MIV auf Anlieger. Eine weitere Evaluierung des Status quo (Stufe 1) sei überflüssig, Stufe 2 des Verkehrsversuchs wurde nie realisiert.

Frau Fisauli erinnert daran, dass in der schwierigen Situation im letzten Jahr sie als stellvertretende Bürgermeisterin zunächst den Verkehrsversuch verlängert habe. Nun, mit der neuen Besetzung des Fachbereichs, kann in die weitere Planung beginnen. Allerdings gäbe es auch kritische Stimmen, daher müsse genau geprüft werden, welche Schritte nun wie umgesetzt werden können. Sie sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

Herr Klauke korrigiert die Aussagen von Herrn Hämisch dahingehend, dass die Evaluierung sehr wohl positive Effekte ergeben habe, es gäbe mehr Fahrradverkehr und weniger Autoverkehr in der Bahnhofstraße. Auch die Geschwindigkeit ist insgesamt heruntergegangen. Natürlich sei es ärgerlich, wenn die Geschwindigkeitsbeschränkung nicht eingehalten wird. Dies werde es jedoch immer geben, zumal die Messungen über 24 Stunden gingen und somit auch die Nachtzeit mit wenig Verkehrsfrequenz enthielten. Bei der Befragung haben immerhin 63% der Menschen dafür gestimmt, dass der Versuch so fortgeführt werden soll. Demnächst sei ein Gespräch mit der Verkehrsbehörde geplant, um sich über eine Verlängerung oder Verstetigung der Fahrradstraße zu verständigen.

Frau Broekhuis ergänzt, dass sie sich über einen Austausch mit dem ADFC freuen würde, um weitere Blickwinkel zu erfahren.

3 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat und der Jugendbeirat haben nichts zu berichten.
Der Umweltbeirat gibt eine Stellungnahme zum Innenstadtentwicklungskonzept ab, die als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt ist.

Anlage 1 Umweltbeirat Stellungnahme zum Innenstadtentwicklungskonzept

4 Protokolle

4.1 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 05.11.2024

Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor.
Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

4.2 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 03.12.2024

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat Anmerkungen zum Protokoll eingereicht. Es sei allen bewusst, dass es sich nicht um Wortprotokolle handelt. Dennoch sei gerade in der Sitzung der Verlauf sehr dynamisch gewesen, daher sollten die Anmerkungen (ohne die Erläuterungen) im Sinne der Transparenz der Entscheidungsfindung aufgenommen werden. Die CDU-Fraktion merkt an, dass gedanklichen Veränderungen anderer Fraktion im Protokoll auch nicht dargestellt werden.

Der Vorsitzende lässt über die Anmerkungen zum Protokoll abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

3 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	3	6	2
CDU-Fraktion	0	4	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	0	0	2
WSI-Fraktion	0	1	0
FDP-Fraktion	0	1	0

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

4.3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2025

Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor.
Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

5 Innenstadtentwicklungskonzept für die Stadt Wedel

BV/2025/009

hier: Abschlussbericht

Herr Klaucke stellt den Entwurf für das Innenstadtentwicklungskonzept anhand einer Präsentation vor. Diese ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt. Die SPD-Fraktion dankt für die gute Zusammenfassung der über zweihundert Seiten. Insgesamt läge nun viel gutes Material vor, auch wenn einiges davon nicht überraschend käme. Es sei gut, dass so viele verschiedene Gruppen beteiligt gewesen seien. Man würde gerne wissen, ob auch die Beiräte beteiligt gewesen seien. Die SPD fühle sich bestätigt in ihrer Ablehnung der Ansiedlung eines weiteren großen Lebensmittelmarktes in der Rissener Straße, da dies negativen Einfluss auf die Innenstadt hätte. Herr Klaucke ergänzt, dass es nicht nur die vorliegenden 203 Seiten gebe, sondern auch zahlreiche Zwischenberichte. Sofern Interesse bestünde, könne die Verwaltung diese zur Verfügung stellen. Die Beiräte waren zu den jeweiligen Veranstaltungen selbstverständlich

eingeladen. Er bestätigt zudem, dass in dem Konzept steht, dass ein solcher Lebensmittelmarkt Auswirkungen auf die Innenstadt haben könne. Dennoch sei dies nicht als Ersatz für ein Einzelhandelskonzept anzusehen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen findet es gut, so zusammengestellt zu sehen, was Wedel bereits alles Positives hat. Es sollten zeitnah weitere Sitzmöglichkeiten aufgestellt werden, das wäre kostengünstig und schnell umzusetzen. In dem Konzept sei jedoch auch von 10 km/h für den motorisierten Verkehr in der Bahnhofstraße die Rede, das sei eigentlich überholt. Es gäbe einige Überschneidungen mit dem Mobilitätskonzept, die Maßnahmen müssten miteinander abgestimmt werden. Es wird um Information gebeten, ob auch Eigentümer der leerstehenden Geschäfte in der Bahnhofstraße angesprochen wurden. Beispielsweise sei Wedel im Wandel und bestimmt weitere gemeinnützige Organisationen daran interessiert, eine Zwischennutzung anzubieten. Allerdings wäre keine Mietzahlung möglich, würde aber das Erscheinungsbild positiv verändern. Vielleicht gibt es Eigentümer, die sich sowas vorstellen können.

Herr Klaucke bestätigt, dass der Hinweis auf Seite 33 auf den Verkehrsversuch überholt ist und noch entfernt werden muss.

Frau Fisauli-Aalto betont, wie vorteilhaft es für die Stadt Wedel ist, ein solch umfassendes Konzept zu haben, das nun nicht in der Schublade verschwinden solle. Bereits im letzten Jahr wurde mit den Aktionen „Aufm Platz“ begonnen, diese Idee soll fortgesetzt werden. Es gibt bereits die Musikbox, vielleicht sei auch ein kleines mobiles Theater auf dem Rathausplatz realisierbar. Die Wirtschaftsförderung ist in Gesprächen mit den Kaufleuten für mögliche Pop-Up-Stores oder zumindest ansprechendere Schaufenstergestaltung. Leider sei mit den angespannten Finanzen nicht alles möglich, aber zumindest konnten fünf Sitzbänke, die an anderen Orten über waren, einen neuen Einsatzort bekommen. Auch Sponsoring ist vorstellbar, falls sich interessierte Unternehmen oder Privatpersonen finden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist darauf hin, dass sie bereits vor vielen Jahren eine noch im Einsatz befindliche Bank an der Ecke Bahnhofstraße/Feldstraße aufgestellt haben.

Die CDU-Fraktion möchte gerne noch intensiver in die interne Bratung einsteigen und eine Beschlussfassung heute vertagen. Es werde vor allem eine Auflistung von konkreten Maßnahmen mit Ausweis des Aufwandes vermisst, besonders für No- oder Low-Budget-Maßnahmen bis zu maximal vierstelligen Beträgen.

Frau Fisauli-Aalto bestätigt, dass eine solche Tabelle angefertigt werden kann und sinnvoll sein könnte, um einen Überblick zu gewinnen, was zeitnah umgesetzt werden könnte. Sie sei jedoch irritiert, dass dafür der Beschluss verschoben werden soll, das Konzept sei ja nur ein Rahmen. Es würde heute keine Ausgabe beschlossen.

Frau Kärigel spricht das Thema Hitzeinseln im Stadtgebiet an. Leider mussten in den letzten Jahren einige große Bäume gefällt werden. Es sollte nun Überlegungen geben, gerade bei der Schaffung neuer Sitzgelegenheiten, aber auch an Straßen und Plätzen, neue klimaresistente Bäume zu pflanzen, die in 20-30 Jahren Schatten spenden können.

Herr Klaucke bestätigt, dass bei der Planung von Sitzgelegenheiten auch an die Bepflanzung gedacht werde, es könne jedoch vermutlich kein grünes Dach über Wedel geschaffen werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erinnert an die sichere Querungsmöglichkeit der B431 am Caudryplatz, idealerweise durch eine Bedarfsampel, die mit der Ampelschaltung im Bahnhofsbereich synchronisiert sei. Auch wenn der Landesbetrieb Verkehr (LBV) anderer Meinung sei, müsse doch eine Lösung gefunden werden können.

Frau Fisauli-Aalto bekräftigt, dass auch die Verwaltung dringend an einer Lösung interessiert ist. Das Ordnungsamt ist daher weiterhin in Gesprächen und habe signalisiert, dass der LBV eventuell offener für das Thema werde. Die Verwaltung wird dranbleiben und den Planungsausschuss immer über den aktuellen Stand informieren, sobald es neue Erkenntnisse gibt.

Die FDP-Fraktion fragt nach der Notwendigkeit eines Beschlusses für das Innenstadtentwicklungskonzept.

Herr Klaucke erläutert, dass natürlich auch ohne Beschluss damit weitergearbeitet werden

kann. Jedoch sei es sinnvoll, einen politischen Beschluss zu haben, um zukünftig bei verfügbaren Förderungen einzelne Maßnahmen daraus einreichen zu können.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt nach einer Möglichkeit für Strohballen oder eine Torwand auf dem Rathausplatz, da hier häufiger Kinder Fußball spielen und der Ball manchmal Richtung Straße / Stadtparkasse rolle.

Die SPD-Fraktion wirbt dafür, heute den Empfehlungsbeschluss für den Rat zu fassen. Es sei noch alles offen und löse keine direkten Kosten aus.

Frau Fisauli ergänzt, dass bei einer Vertagung der Ratsbeschluss erst im Mai erfolgen könnte.

Die CDU-Fraktion wollte zunächst vor der Beschlussfassung eine Aufstellung der Maßnahmen mit den möglichen Kosten, da jedoch mit dem heutigen Beschluss kein finanzieller Aufwand ausgelöst wird, wird um kurze Beratungspause gebeten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen appelliert an die anderen Fraktionen, dass zumindest bis zum Rat eine breite Mehrheit gefunden werden sollte, da dies Konzept wichtig für Wedel sei und fortgeführt werden sollte. Mit einem Beschluss sei kein Risiko verbunden, weil noch keine Umsetzung beschlossen würde.

Die Sitzung wird von 19:35 Uhr bis 19:40 Uhr unterbrochen.

Die CDU-Fraktion zieht ihren Vertagungsantrag zurück.

Der Vorsitzende verliert den Beschlussvorschlag.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt das „Innenstadtentwicklungskonzept für die Stadt Wedel“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Anlage 1 TOP 5 Präsentation Innenstadtentwicklungskonzept

6 Einvernehmen nach dem BauGB

hier: Goethestraße 59 - Neubau eines Mehrfamilienhaus mit 6 Wohneinheiten

BV/2025/018

Die SPD-Fraktion fragt nach den geplanten Wohnungen, die der Bauherr kurz erläutert.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erkundigt sich nach der Anzahl und der Zuordnung der Stellplätze.

Der Bauherr weist auf den von der Bauaufsicht geforderten Schlüssel von 0,7 pro Wohneinheit hin. Somit stehen 5 Stellplätze für das Mehrfamilienhaus zur Verfügung, davon ein Behindertengerechter.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion ergänzt er zudem, dass die Fassade des Doppelhauses an die Klinker-Optik der anderen Haushälfte angepasst wird.

Der Vorsitzende verliert den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 30, 34 und 36 Abs. 1 BauGB für das Bauvorhaben Neubau eines Mehrfamilienhaus mit 6 Wohneinheiten in der Goethe Straße 59 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

7 Präsentation Sachstand Rahmenkonzept Solar-Freiflächenanlagen

Frau Götsche stellt den aktualisierten Entwurf des Rahmenkonzeptes Solarfreiflächen vor. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt. Eine Rückmeldungen der Fraktionen soll zur nächsten Sitzung erfolgen.

Der SPD-Fraktion ist unklar, welche Fragen von der Politik in der nächsten Sitzung erwartet werden.

Frau Götsche bittet eher um Anmerkungen oder Anregungen, die in dem Entwurf noch aufgenommen werden könnten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dankt der Verwaltung und bittet um Erläuterung, was mit dem Begriff Geotop gemeint ist und wie es mit den identifizierten 23 Hektar weitergehen könnte. Gibt es eine Ausschreibung? Liegen dort bereits Kabel? Sind die Stadtwerke eingebunden? Wie viel Leistung könnte auf den 23 Hektar erbracht werden, für wie viele Haushalte? Könnten Interessenten für z.B. eine Bürger*innen-Genossenschaft die Stadt anschreiben und eine Liste der Eigentümer bekommen? Wurden auch andere Flächen geprüft, die auch städtische Grundstücke umfassen?

Frau Götsche erläutert, dass es sich bei dem Geotop um die geschützte geologische Formation des Geesthangs handelt, die sich entlang der Geestkante erstreckt. Die Stadtwerke waren am ersten Entwurf des Rahmenkonzeptes beteiligt, ebenso wie die Nachbargemeinden. Eine genauere Prüfung der Flächen kann erst erfolgen, wenn ein konkretes Interesse besteht. Hier müssten die Eigentümer aktiv werden, es gibt in dem identifizierten Gebiet keine städtischen Flächen.

Die 23 Hektar beinhalten noch Hecken, Gebäude, etc.; die für eine Solarfreiflächenanlage nutzbare Fläche werde sich daher auf jeden Fall verringern, es kann noch keine Prognose zu der erzeugbaren Leistung abgegeben werden. Zu interessierten Genossenschaften liegen bisher keine Informationen vor, allerdings unterliegt die Verwaltung einem strengen Datenschutz und wird keine Informationen zu den Eigentumsverhältnissen herausgeben können. Die städtischen Flächen im Außenbereich, um den es hier ausschließlich geht, liegen vorwiegend im Natura2000-Gebiet, daher sind diese nicht geeignet. Die Stadt wird sich daher vorrangig auf die Nutzung von Dachflächen im Innenbereich konzentrieren.

Die CDU-Fraktion fragt, ob es sich lediglich um eine Angebotsoption für die Eigentümer handelt, also keine verpflichtende Nutzung ist und ob nur für die Flächen, deren Eigentümer Interesse an dieser Nutzung haben, ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet wird.

Frau Götsche bestätigt, dass in dem Rahmenkonzept nur festgehalten wird, wo Solarfreiflächen planerisch vorstellbar sind. Jeder interessierte Eigentümer muss dann auf die Stadt zukommen, damit ein vorhabenbezogenes Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden kann. Für April wird eine Rückmeldung der Fraktionen auf der Tagesordnung vorgesehen.

8 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

8.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Klaucke berichtet, dass die Hochbau-Maßnahme weiterläuft, es gibt eine Genehmigung für die Hochwassersaison.

Die SPD-Fraktion macht darauf aufmerksam, dass die Straße in keinem guten Zustand sei, auch der provisorische Zebrastreifen sehe mitgenommen aus.

Herr Klaucke erläutert, dass der Zebrastreifen während der Baumaßnahme verpflichtend einzurichten war und nicht dauerhaft bestehen bleiben wird. Der Zustand der Straße wird geprüft.

Die FDP-Fraktion fragt nach dem zukünftigen Parkplatz für Motorräder, bisher sei hier keine Regel erkennbar.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schlägt vor, alle motorisierten Fahrzeuge auf dem Parkplatz am Hakendamm zu parken.

Frau Fisauli-Aalto bittet um Geduld, es werde geprüft, wie die optimale Lösung für alle Verkehrsteilnehmer sein könnte. Vorstellbar sei ein zentraler Platz, von dem der Hafen zu Fuß gut erreichbar sein müsse. Die Motorräder sollten nicht direkt unten im Hafen parken, das würde Konflikte mit dem Fuß- und Radverkehr auslösen.

9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Bericht der Verwaltung

Herr Klaucke beantwortet die offenen Anfragen der Politik:

- Klärung, ob die Stadt Rotlichtverstöße ahnden kann.

Hierbei handelt es sich um die Überwachung des fließenden Verkehrs. Die Zuständigkeit für die Überwachung des fließenden Verkehrs liegt in Schleswig-Holstein derzeit primär bei den Kreisen und der Polizei. Dies ergibt sich aus der OWIZustVO (Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten). Es ist fehlt daher die rechtliche Befugnis, Verstöße aus dem fließenden Verkehr zu ahnden.

- Klärung mit dem Land: Wer trägt die Planungskosten für die Maßnahmen 3, 4 und 5 beim Strandbad.

Die Gespräche mit dem Innenministerium laufen positiv, dass die Kosten voraussichtlich im Rahmen der Städtebauförderung getragen werden.

- Bepflanzung des Strandes mit Reisig oder Ästen in Eigenregie möglich?

Der Bauhof hat die Bepflanzung bereits fertiggestellt.

- Kurzer Sachstand zum Bauvorhaben Ostpromenade

Der 2. Bauabschnitt der Freianlagen an der Ostpromenade wurde Mitte April 24 begonnen und wurde bis Ende 24 auf der unteren Ebene weitestgehend fertig gestellt. Die Treppenanlagen und die Oberflächenbefestigungen auf der oberen Ebene sind, bis auf eine Baustraße für den Hochbau, ebenfalls noch bis Dezember 2024 fertig gestellt worden. Die Treppengeländer und das Geländer entlang der Rampe sind in der Fertigung. Die Rohbauarbeiten am geplanten Kiosk und der WC-Anlage wurden am 03.03. begonnen. Hier werden zunächst die Grundleitungen und die Sohlplatte mit den Pfahlkopfbalken hergestellt. Ende April soll mit den Rohbauarbeiten am geplanten Hafenmeisterhaus begonnen werden. Derzeit läuft die Ausschreibung der Flutschutzfenster und-türen; die Ausschreibungen der anschließenden Gewerke werden momentan vorbereitet. Ende Oktober 25 ist die Fertigstellung der Gebäude geplant, die Arbeiten an der Freianlage werden unmittelbar danach im November zu Ende geführt. Die laufenden Baukosten für die Freianlagen befinden sich im geplanten Kostenrahmen.

9.2 Anfragen der Politik

9.2.1 Anfrage SPD-Fraktion: Parkerlaubnis für ambulante Pflege

ANF/2025/002

Herr Baars bringt die Anfrage der SPD-Fraktion ein. Das erklärte politische Ziel im Bereich der Pflegeversorgung ist es, den sog. Ambulantisierungsgrad zu erhöhen. Dies ist nicht nur alternativlos aufgrund des Fachkräftemangels, sondern auch der erklärte Wunsch der meisten älteren Menschen. Diese ambulante Pflege ist minutengenau finanziert und erreicht die zu pflegende Person üblicherweise mit dem Auto. In vielen Innenstädten ist der Parkraum knapp, es gibt zahlreiche Halte- und Parkverbote sowie bewirtschaftete Zonen. So auch in Wedel. Für die ambulanten Pflegekräfte bedeutet dies entweder verkehrswidrig zu parken und die Knöllchen aus eigener Tasche zu bezahlen oder lange einen Parkplatz zu suchen und gegebenenfalls weit entfernt zu parken. Diese verlorene Zeit wird unmittelbar auf die zur Verfügung stehende Zeit angerechnet und verschlechtert die Versorgung. Daher gibt es in zahlreichen Städten - so auch Hamburg - eine Ausnahmegenehmigung zum Halten und Parken für Pflegekräfte im Dienst.

1. Gibt es im Wedeler Rathaus bereits Überlegungen in diese Richtung?
 2. Wenn nein: welche Mindereinnahmen wären bei einer Umsetzung des Hamburger Modells zu erwarten?
 3. Gibt es sonstige Hürden rechtlicher Art, dieses Modell in Wedel umzusetzen?
- Falls es eine Möglichkeit zur Umsetzung gibt, bitten wir, diese Anfrage als Antrag der SPD Fraktion zu bewerten.

Die untere Verkehrsbehörde hat dazu bereits eine Antwort zur Verfügung gestellt:

Es ist schon jetzt der Fall, dass ambulante Pflegedienste auf Antragsstellung die jederzeit widerrufliche Erlaubnis im Rahmen der ambulanten Pflege erhalten, mit dem Fahrzeug im Stadtgebiet Wedel im eingeschränkten Halteverbot zu parken. Darüber hinaus darf auf Parkplätzen mit Parkscheiben- oder Parkscheinpflcht über die zulässige Höchstparkdauer hinaus, bzw. ohne die Entrichtung von Parkgebühren geparkt werden.

Diese Ausnahmegenehmigung gilt jedoch nur dann, wenn andere Haltemöglichkeiten nicht gegeben sind. Zudem ist diese Erlaubnis auf Verlangen vorzuzeigen. Die entsprechende Genehmigungskarte ist Kennzeichengebunden, im Fahrzeug auszulegen und jeweils für ein Jahr gültig.

Für diese Art von Ausnahmegenehmigungen sind Verwaltungsgebühren festgesetzt. Der Antrag kann per E-Mail erfolgen, für das erste Fahrzeug betragen die Gebühren 150,- Euro, jedes weitere Fahrzeug kostet 10,20 Euro.

Nach Kenntnisstand der Verwaltung nutzen fast alle größeren Pflegedienste diese Möglichkeit. Da die Regelung bereits seit langem existiert, kann zu möglichen Mindereinnahmen keine Aussage getroffen werden, da keine Vergleichswerte vorhanden sind. Insgesamt sieht die Verwaltung keinen weiteren Handlungsbedarf, da die Wedeler Regelungen mit dem "Hamburger Modell" vergleichbar und teilweise sogar praktikabler für die Pflegedienste sind.

9.2.2 Weitere Anfragen

Die FDP-Fraktion bittet um eine Aufstellung, aus der alle begonnenen Wohnbauten, unabhängig von der Form (Einfamilienhaus, Mehrfamilienhaus, etc.), hervorgehen, unterteilt nach sozial gefördertem und nicht gefördertem Wohnungsbau.

Die WSI-Fraktion zeigt sich verwundert, dass in der Presse über die mögliche Entwicklung zum Possehl-Gelände berichtet wurde, nachdem dies bisher politisch nur nichtöffentlich diskutiert wurde.

Frau Fisauli-Aalto teilt die Verwunderung, die Verwaltung hat dazu keine Informationen herausgegeben.

Die SPD-Fraktion hat den Zeitungsartikel dahingehend interpretiert, dass der Investor oder DHL mit der Presse Kontakt aufgenommen hatte.

9.3 Sonstiges

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

14 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse. Unter TOP 11 wurde der Durchführungsvertrag unverändert beschlossen.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Dutsch

Wolfgang Dutsch

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

